Zusammenfassung
Online-Diskussion vom 15. März 2021

Sicherheitsvakuum in Europas südlicher Nachbarschaft – Libyen 10 Jahre nach dem Arabischen Frühling

Hintergrund: Zehn Jahre nach dem Arabischen Frühling ist die Hoffnung auf einen demokratischen Transformationsprozess vielerorts enttäuscht worden. Zerfallende Staatlichkeit, Korruption, Waffenschmuggel, divergierende Großmachtinteressen und zerstrittene Milizen stellen Europas Nachbarregion im Allgemeinen und Libyen im Besonderen vor schwierige Herausforderungen.

Wie können Frankreich, Italien und Deutschland an Europas Südflanke mit einer Stimme sprechen und die Ambitionen anderer Mächte in der Region einhegen? Welche Anreize können in Libyen geschaffen werden, um den Menschen vor Ort eine Entwicklungsperspektive zu geben? Wie realistisch sind die Aussichten auf Wahlen gegen Ende dieses Jahres? Muss das Bundeswehr-Mandat für die maritime *EU*-Mission *IRINI* verändert oder gar ausgeweitet werden?

Highlights:

- Die Wahl einer Übergangsregierung kann als positives Zeichen für ein mögliches Ende des jahrzehntelangen Konfliktes und die tatsächliche Durchführung von Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Dezember 2021 gewertet werden.
- Die Akzeptanz der Menschen in Libyen gegenüber Wahlen ist sehr hoch.
- Die Berliner Libyen-Konferenz war ein erfolgreiches Beispiel deutscher Diplomatie und schuf trotz Rückschläge wichtige Voraussetzungen für die Entstehung eines politischen Dialogs.
- Die Mission *IRINI* leistet einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung Libyens.
- Die weitere Unterstützung des politischen Prozesses ist essentiell, da die Entwicklungen in Libyen sich auf die gesamte Region auswirken.
- Nur wenn es gelingt, die externen Akteure zu mäßigen, können nachhaltige Erfolge erzielt werden.

Begrüßung
David Schwake,
Generalsekretär,
Deutsche Afrika Stiftung

Diskussion
Fregattenkapitän
Jan Fitschen,
Kommandant der Fregatte Hamburg beim *IRINI*-Einsatz Aug. – Dez. 2020

Volkmar Klein MdB,
entwicklungspolitischer Sprecher der *CDU/CSU-Bundestagsfraktion* & Vorstandsmitglied der *Deutschen Afrika Stiftung*

Daniel Stroux,
leitender technischer Berater des Wahlunterstützungs-teams der *UN* im Rahmen der UN-Unterstützungsmission in Libyen

Thomas Volk,
Programmdirektor Politischer Dialog im Südlichen Mittelmeerraum,
Konrad-Adenauer-Stiftung

Moderation
Franziska Schwarzmann,
freie Journalistin

Die erzielten Fortschritte und die derzeitige Situation in Libyen

Nach Jahren des Konflikts und der politischen sowie gesellschaftlichen Spaltung Libyens zwischen Ost und West stimmte das Parlament am 10. März dem neuen Kabinett des Interims-Premierministers Abdul Hamid Dbeibah zu, der im Februar in einem von den *Vereinten Nationen* begleiteten Prozess durch ein libysches Gremium gewählt worden war. Nun steht die neue Übergangsregierung vor der großen Herausforderung, die für Ende des Jahres geplanten Wahlen durchzuführen - die ersten Wahlen seit 2014. Die Zeichen für eine Abhaltung dieser Wahlen und somit weiteren Schritten in Richtung Demokratisierung stünden gut, so Thomas Volk zu Beginn der Diskussion. Dieser Zuversicht schloss sich auch Daniel Stroux in Hinblick auf die Abhaltung der ersten Parlamentssitzung seit Jahren des Konfliktes und bereits erfolgreich umgesetzte Lokalwahlen an. Zwar waren diese aufgrund lokaler Sicherheitsrisiken eingeschränkt, dennoch sei die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger zu demokratischen Wahlen grundsätzlich sehr hoch. Die anstehenden Wahlen geben Hoffnung auf eine Überwindung der gesellschaftlichen und politischen Spaltung des Landes.

Deutsches und europäisches Engagement

In Bezug auf die kürzlich erzielten politischen Fortschritte in Libyen betonte Volkmar Klein MdB die Bedeutung des deutschen und europäischen Engagements, das im Rahmen der Berliner Libyen-Konferenz entscheidend zu der Aufnahme eines politischen Dialogs und der Aushandlung eines Waffenstillstandes im Oktober vergangenen Jahres beigetragen hätte. Im Zusammenhang mit der Kritik an Frankreichs Alleinhängen und Deutschlands fehlendem Willen wies Volk auf den erfolgreichen multilateralen Ansatz und die gute Zusammenarbeit Deutschlands mit Frankreich, Großbritannien und Italien in Bezug auf die Mission *IRINI* hin. Die europäische Zusammenarbeit sei besonders vor dem Hintergrund einer wegfallenden Unterstützung durch die USA von Bedeutung, erklärte Klein.
Auch in Hinblick auf die weiteren politischen Prozesse und die Vorbereitung der Wahlen sei die deutsche Unterstützung wichtig, vor allem für die Arbeit der *Vereinten Nationen* und ihrer Rolle als Partner der nationalen libyschen Wahlbehörde, ergänzte Stroux. Neben der Wahlvorbereitung und des Vorantreibens von Entwicklung solle laut Klein aber die Gewährleistung von Sicherheit in Libyen eine der obersten Prioritäten bleiben, da diese Bedingung und Fundament nachhaltiger Entwicklung sei.

Die Aufgaben und Herausforderungen der Mission *IRINI*

Seit Mai 2020 überwacht und unterstützt die EUNAVFOR MED IRINI die Einhaltung des Waffenembargos gegen Libyen. Der Beschluss der Bundesregierung, dieses Mandat zu verlängern, viel zwei Tage nach der Diskussionsveranstaltung, am 17. März. Die Zustimmung durch den Bundestag steht noch aus. Fregattenkapitän Jan Fitschen berichtete von der täglichen Arbeit von *IRINI* und den Einsätzen innerhalb der Mission, zu denen es im vergangenen Jahr gekommen war. Insbesondere die Durchsuchung eines türkischen Containerschiffes entgegen des Willens des NATO-Partners Türkei hatte für einen politisches Eklat und mediale Aufmerksamkeit gesorgt. Fitschen erklärte, der Einsatz sei umgehend abgebrochen worden, nachdem die Türkei einer Durchsuchung widersprochen hatte. Insgesamt betonte er rückblickend, dass es mit *IRINI* gelungen sei,

vor Ort Präsenz zu zeigen; die Zusammenarbeit mit den europäischen Partnern bewertete er ebenfalls als erfolgreich. Eine Erweiterung der Mission auf den Land- und Luftraum, wie es manche fordern, beschrieb Fitschen jedoch als sehr kompliziert und in der Umsetzung um einiges schwieriger als eine Mission auf dem Meer. Zwischen den Diskussionsteilnehmern herrschte Einigkeit darüber, dass *IRINI* bereits einige Erfolge erzielen konnte und das Mandat bis 2020 verlängert werden sollte. Dennoch unterstrich Fitschen auch, dass *IRINI* nur eine zusätzliche Unterstützung im Stabilisierungsprozess Libyens sei und es langfristig eine politische Lösung benötige.

Ein Blick in die Zukunft

Zahlreiche internationale Akteure, die am Konflikt beteiligt sind, hätten weiterhin geopolitische Interessen in Libyen, wie beispielsweise die Türkei oder Russland, erklärte Volk. Nur wenn diese gemäßigt würden, könne mit Blick auf die anstehenden Wahlen ein nachhaltiger Erfolg erzielt werden, schloss Fitschen an. Die Umsetzung der Wahlen hielt Stroux für realistisch, auch wenn noch fraglich sei, auf welcher konstitutionellen Basis diese stattfinden könnten, da derzeit noch keine verabschiedete Verfassung existiere. Sollte es zu einem Verfassungsreferendum kommen, könnte es zeitlich knapp werden, Wahlen noch in diesem Jahr abzuhalten. Eine Alternative, so Stroux, wäre zunächst eine konstitutionelle Basis in Anlehnung an die Verfassung, über die aktuell auch diskutiert werde. Außerdem sei die Gesetzgebung für ein Wahlsystem im aktuellen Verfassungsentwurf sehr kompliziert. Das vorgesehene Wahlsystem würde die verschiedenen Regionen des Landes unterschiedlich gewichten, sodass die Westregion beispielsweise nicht automatisch eine Kandidatin oder einen Kandidaten für die Präsidentschaftswahl stellen könne. Eine Klärung über die Ausgestaltung des Wahlsystems sei aus der Sicht von Stroux jedoch zentral, um den Ausbruch eines möglichen neuen Konfliktes zu vermeiden. Er betonte aber auch, dass solange die nationale Wahlkommission unabhängig bliebe, die Wahlen erfolgreich umgesetzt werden könnten. Demokratische Wahlen und die Stabilisierung des Landes seien nicht nur für Libyen von großer Bedeutung, sondern für die gesamte Region, ermahnte Klein am Ende der Diskussion.